



Kap. 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung – keine Armut

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

17.1 Einführung - Situationsanalyse

17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland

17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze

Ziel des Kapitels: Vermittlung der Grundlagen der Sozialpolitik

Stand: 01.10.2011



Sozialpolitik* - Entwicklung

Rogall
2011

(1) Unmittelbare soziale Sicherungssysteme:

Schutz durch:

Familien, partiell durch Dorfgemeinschaften,
nach der Christianisierung unterstützt durch die Kirche.

→ Begrenzte Wirkung, z.B.

- (a) Nomadenvölker ließen ihre alten Menschen zurück Inuit, Aborigines,
- (b) materielle Unterstützung der Dorfgemeinschaft blieb gering.

* Sozialpolitik: S. bezeichnet alle Maßnahmen des Staates, die auf die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen abzielen und bestehende soziale Gegensätze mindern



Sozialpolitik - Bedeutung u. Entwicklung

Rogall
2011

(2) Staatliche soziale Sicherungssysteme:

Einführung im 19. Jh. in Europa als Reaktion auf die Arbeiterbewegung (da in der industrielle Revolution die traditionellen Sicherungssysteme zerstört wurden).

(1) Zunächst nach *Kapitaldeckungsprinzip*

(2) Nach 2. WK Generationenvertrag

→ Partizipation der nicht-Erwerbstätigen an Einkommenserhöhung der Erwerbstätigen.



Entwicklung

Rogall
2011

- Nach dem 2. Weltkrieg Konsens über die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme. Marktprinzipien wurden wg. der mangelnden Vorsorge als unzureichend angesehen. Beteiligung an der Einkommensentwicklung (z.B. Rentner)
 - **Wandel** aufgrund Arbeitslosigkeit u. demografischer Entwicklung:
 - (1) Nur noch Sicherung des **Existenzminimums**
 - (2) **Stärkere Selbstverantwortung** u. Selbstbeteiligung (Mindestversorgung durch Staat, ansonsten private Vorsorge, Argument: Sicherungssysteme = ökonomische Hemmnisfaktoren)
- Abbau notwendig



Entwicklung

Rogall
2011

Bewertung:

Ohne Sicherungssysteme keine materielle Freiheit.

- **Soziale Sicherheit = zentrale Errungenschaft der sozialen Demokratie,**
- **kein Ballast, sondern elementares Band der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit (Kohäsion).**



Demografische Entwicklung - Gefahren

Rogall
2011

(1) In den Schwellen- und Entwicklungsländern:

Bevölkerungswachstum

Die Menschheit benötigte fast zwei Millionen Jahre (seit ihrer Entstehung) bis sie etwa 1804 auf **eine** Mrd. Menschen angewachsen war.

Im Jahr 1927 waren es bereits **zwei** Mrd. (123 Jahre),
1960 **drei** Mrd. (33 Jahre).

Seit dem wächst sie **alle 13-14 Jahre um eine weitere Mrd.**
(1974: 4 Mrd.; 1987: 5 Mrd.; 1999: 6 Mrd.; ca. 2013: 7 Mrd.;
ca. 2027: 8 Mrd.; DSW 2005/03)



Demografische Entwicklung

Rogall
2011

Bewertung: Ohne eine Stabilisierung der Erdbevölkerung (langfristig Absenkung) können die Ziele der NaÖk nicht erreicht werden. Bis zur Stabilisierung benötigte Europa 200 J., Ursachen: Erhöhung des Lebensstandards, gesellschaftl. Wandel, moderne Verhütungsmethoden. → relativ konfliktfreie Entwicklung. → Schwellen- u. Entwicklungsländer benötigen Bevölkerungspolitik

Probleme: Kinder stellen die Altersvorsorge für die Menschen dar
Vorbild: China und Vietnam („Ein- bzw. Zwei-Kind-Politik“).
Künftig positives Anreizsystem?: „Beschäftigung in der Wiederaufforstung der Erde und Zwei-Kind-Familie“ (Modell Vietnam). Die Finanzierung könnte aus dem globalen Emissionshandel und den Abgaben auf die globalen Umweltgüter erfolgen.



Demografische Entwicklung

Rogall
2011

(2) In den Industrieländern Europas, am Beisp. Deutschland:

Veränderung des Altersaufbaus der Gesellschaft (dargestellt in der Alterpyramide, die künftig eher einer Säule gleichen wird).

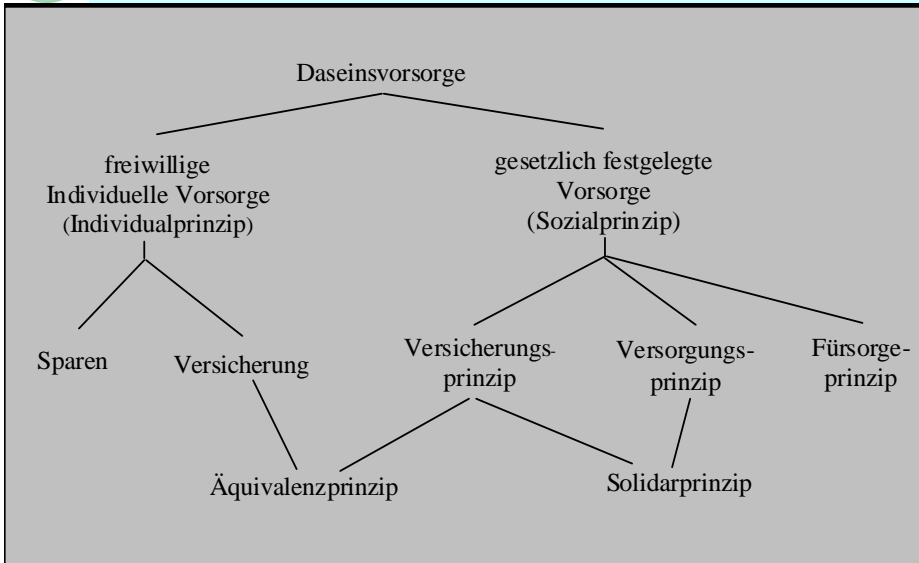
Ursachen:

- (1) **Rückgang der Geburten** (1964: 1,4 Mio. 1975: 0,8 Mio.), Reproduktionsrate: 2,2 Kinder/Frau. Realität: 1,4 Kinder/Frau.
- (2) **Verlängerung der Lebenserwartung** (1871/1881 für neugeborene 36/38 Jahre Jungen/Mädchen, 2004/06 77/82 Jahre; 2006: 20% >65 Jahre alt, 60% im Erwerbsalter (15 bis 65 Jahre) 2050: 30% > 65 J., 50 % im Erwerbsalter

Probleme: (1) Ausdünnung ländlicher Gebiete,
(2) Finanzierung der Sozialensicherungssysteme.



Prinzipien und Gliederung der Sozialpolitik



Quelle: Rogall 2011: Kap. 17, Stand 2008 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

9/59



Bewertung

Rogall
2011

- Sind Sozialversicherungssysteme mit Pflichtabgaben bevorzugend (neoliberale Position): Freiheit zur Vorsorge oder nicht-Vorsorge.
Der eigentliche Hintergrund: Forderung nach sinkender Staatsquote u. dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme.
- Diese Autoren übersehen die vielfältigen Funktionen der sozialen Sicherung und Integration, die einen wesentlichen Faktor der Kohäsion und Lebensqualität einer Gesellschaft darstellen.
Neoliberaler Freiheitsbegriff ist befremdlich: Sollen Schulpflicht, Gurtanschnallpflicht, Drogenverbote abgeschafft werden?
- Wenn nein, warum bei sozialer Sicherung??

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

10/59



Ziele sozialer Sicherungssysteme - Schaffung von:

Rogall
2011

- (1) **Sozialer Sicherheit** für alle (Verhinderung von materiellem **Elend u. Armut**) u. „Kultur der sozialen Teilhabe in allen Lebensphasen“;
- (2) **Versorgungssicherheit** bei **Krankheit** (Stand der Technik/Vorsorge);
- (3) **Chancengleichheit** (Ausbildung u. sozialen Aufstieg),
➔ Ausschöpfung des Humankapitals der Volkswirtschaft
- (4) **Verhinderung sozialer Ausgrenzung** und Diskriminierung
(Sicherstellung von Teilhabe am sozial-kulturellem Leben,
- (5) **Solidarität** zwischen unterschiedlich Leistungsfähigen
- (6) **Stabilisierung der Gesellschaft** und Beitrag zur inneren Sicherheit.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

11/59



Sozialbudget*

Rogall
2011

- **Sozialleistungsquote:** Verhältnis von Sozialbudget und BIP.
1960/1981: relativ stetige Zunahme
1982/1990: Abnahme
1991/2003: Zunahme (Wiedervereinigung),
Seit 2004: Abnahme.
Die Sozialleistungen machen einen erheblichen Anteil der Einkommen der Haushalte aus und senken das Risiko der Einkommensarmut (z.B. 2005: von 26% ohne Sozialleistungen auf 12% mit Sozialleistungen).

* **Definition:** Summe aller sozialen Leistungen des Staates und durch Gesetze verursachten Leistungen der Privaten in einer Volkswirtschaft

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

12/59



Kap. 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung – keine Armut

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

17.1 Einführung - Situationsanalyse

→ 17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland

17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze



Sozialversicherungssysteme

Rogall
2011

Erstens: Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

- **Pflichtversicherung** für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer (ursprünglich von 1889): ca. 27 Mio. (Beamte, Selbstständige, Kapitaleinkommensbezieher u. Abgeordnete sind *nicht* Mitglieder).
- **Beitragssatz** (2011, bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 5.500 € (neue Bundesländer 4.500): 19,9% des Bruttoeinkommens, jeweils Häftig von Arbeitnehmern u. Arbeitgebern zu zahlen).
- Die **Gesamtleistungen der GRV**: 251 Mrd. € (2009), Deckungslücke wird durch Bundeszuweisungen finanziert (ca. 18 Mrd. € durch die Ökologische Steuerreform).



Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

Rogall
2011

- **Leistungen der GRV**: (1) Zahlung von Renten an Versicherte und Hinterbliebene bei Invalidität, Alter bzw. Tod und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, (2) Maßnahmen zur gesundheitl. Verbesserung.
- **Die Höhe der Renten** wird nach einer **Rentenformel** berechnet: (1) frühere Beitragszahlungen, (2) Ersatz- und Ausfallzeiten, (3) Renteneintrittsalter.
- Bis Ende der 1990er Jahre **Einbeziehung der Einkommenssteigerungen** der Volkswirtschaft (jährl. Rentenerhöhung wie Nettoeinkommenserhöhung, bis 1998 wie die Bruttoeinkommen). Seit 1998 mehrfache Änderung der Rentenformel.



Rentenschichtung in Deutschland*

Rogall
2011

Anteil der Rentenbezieher mit einer Rente unter 1.000 €*^{*}

Männer alte Bundesländer	Männer neue Bundesländer r	Frauen alte Bundesländer	Frauen neue Bundesländer r
50%	56%	94%	92%

Bewertung:

* Hinzu kommen z.T. Betriebsrenten und Kapitaleinkünfte.



Sozialversicherungssysteme

Rogall
2011

Zweitens: Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

- **Pflichtversicherung** (ursprünglich von 1884): Versicherungsfrei sind Menschen mit sog. **Minijobs** (< 400 €/Monat) sowie unter bestimmten Voraussetzungen Rentner, Arbeitslose, Auszubildende und Beamte.
- Für Selbstständige und Beamte sowie für Arbeitnehmer über einer festgelegten Versicherungspflichtgrenze (2008: 3.938,- € im Monat) besteht die Wahlmöglichkeit zwischen einer gesetzl. u. privaten Krankenversicherung.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

17/59



Sozialversicherungssysteme

Rogall
2011

- Anders als bei der Rentenversicherung existiert bei den GKV kein einheitlicher Versicherungsträger, vielmehr gibt es zahlreiche verschiedene Kassenarten und Unternehmen, u.a.:
 - (1) Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK),
 - (2) Betriebskrankenkassen,
 - (3) Ersatzkassen und (4) Privatversicherungen.
- **GKV-Beiträge** werden nach der Höhe der Einkommen erhoben (etwa 15% des Bruttoeinkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze 2011: 3.712 €/Monat)

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

18/59



Private Krankenversicherung (PKV)

Rogall
2011

- Die **privaten Krankenversicherungen** staffeln ihre Beiträge nach dem **Risikoprinzip** (Frauen höher als Männer, Ältere mehr als Jüngere). Privatversicherungen konnten sich ihre Versicherten aussuchen (am preiswertesten sind junge Menschen, die keine gesundheitlichen oder beruflichen Risiken aufweisen).
 - ➔ alle Privatversicherten konnten sich der solidarischen Finanzierung entziehen und trotz höherer Leistungen einen geringeren Beitrag zahlen.
 - ➔ Probleme nur durch einheitliche **Bürgerversicherung** lösbar?

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

19/59



Sozialversicherungssysteme

Rogall
2011

Drittens: Arbeitslosenversicherung (ALV)

- **Aufgaben:**
 - (1) sozialvers. Arbeitnehmer eine begrenzte Zeit vor Armut zu schützen
 - (2) umfassende Arbeitsvermittlung und -förderung zu organisieren.
- **Beiträge:**
3,3% des Bruttolohnes (Beitragsbemessungsgrundlage 2010: 5.500 €)
- **Leistungen:**
 - (1) Geldleistungen (Arbeitslosengeld),
 - (2) Sachleistungen (z.B. Weiterbildungsmaßnahmen).

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

20/59



Sozialversicherungssysteme

Rogall
2011

➤ **Anspruch auf Arbeitslosengeld:**

Jeder Versicherte, der innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat.

Zeitraum der Arbeitslosengeldzahlung abhängig von Beitragszeiten

Höhe: 67% (bei Arbeitslosen mit Kindern) bzw. 60% (Arbeitslose ohne Kinder) des letzten durchschnittlichen Nettoverdienstes (bis zur Beitragsbemessungsgrenze).
Anschließend Arbeitslosengeld II.



Sozialversicherungssysteme Gesetzliche

Rogall
2011

Viertens: Pflegeversicherung (GPV)

- **Grundsatz:** Jedes Mitglied einer gesetzlichen KV ist zugleich bei seiner Versicherung pflegeversichert. **Beiträge:** 1,7% des Bruttoeinkommens.
- **Leistungen:** abhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit, 3 Stufen. Hiermit können z.T. die Kosten für Pflegeheime oder für Pflegekräfte in der häuslichen Pflege finanziert werden. Für die familiäre Pflege wird ein Pflegegeld (205-665 € im Monat), zuzüglich Pflegesachleistungen gewährt.
- Die **Gesamtleistungen** der Pflegeversicherungen betragen 2005 etwa 19 Mrd. €.



Sozialpolitik aus Steuergeldern

Rogall
2011

➤ **Soziale Mindestsicherung:**

Die s.M. wird in Deutschland allen Menschen aus Steuermitteln gewährt,
sie dient zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Sie wird unterschieden in:



Sozialpolitik aus Steuergeldern

Rogall
2011

(1) Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II (zweites

Sozialgesetzbuch): Grundsicherung für Menschen im erwerbsfähigen Alter 16-64 Jahre die Arbeitslos sind und kein Arbeitslosengeld mehr beziehen und kein Vermögen besitzen sowie deren Familienangehörigen (Sozialgeld).
2008 erhielten 4,8 Mio. Arbeitslosengeld II und 1,8 Mio. Sozialgeld, insgesamt 35 Mrd. Euro.

Arbeitslosengeld II (Hartz-IV-Leistungen) beträgt 2011 364,- €. Zum Arbeitslosengeld II wird ein Wohngeld zur Finanzierung einer angemessenen Wohnung gewährt (Miete und Heizung).



Sozialpolitik aus Steuergeldern

Rogall
2011

(2) *Mindestsicherung im Rahmen der Sozialhilfe*

nach dem SGB XII, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie laufende Grundsicherung im Alter und dauernde Erwerbsminderung.

2008 erhielten 0,9 Mio. derartige Mindestsicherungsleistungen, insgesamt 4,7 Mrd. Euro.



Kap. 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung – keine Armut

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



17.1 Einführung - Situationsanalyse

17.2 Die wichtigsten Sozialsysteme in Deutschland

→ **17.3 Entwicklungstendenzen, Probleme, Lösungsansätze**



Sozialstaat: Abbau oder Aufrechterhaltung

Rogall
2011

- Solange die wirtschaftl. Wachstumsraten für alle höhere Einkommen ermöglichten, wurden höhere Sozialleistungen zwar von neoliberalen Autoren kritisiert, aber von keiner Regierungsmehrheit gesenkt.
- Diese Situation hat sich seit den 1990er J. gewandelt: Auseinandersetzung zwischen: deutliche Senkung der Sozialleistungen pro Empfänger versus Erhalt des Solidaritätsprinzips. Diese Entwicklung hat nicht nur mit dem erstarken neoliberaler Positionen seit den 1980er Jahren zu tun, sondern auch mit einer Reihe von problematischen Entwicklungen, für die eine zukunftsfähige Sozialpolitik eine Antwort finden muss



Künftige Probleme

Rogall
2011

(1) *Demografischer Wandel, Beispiel Deutschland:*

(a) Lebenserwartungssteigerung: Verdoppelung in letzten 100 J.

(1871: 36/38 Jahre Männer/Frauen, 2006: 77/82 Jahre)

Lebenserwartung **älterer** Menschen hat stark zugenommen,

so hat ein 60-jähriger Mann heute im Durchschnitt noch eine

(Rentenrelevante) Lebenserwartung von 21 Jahren,

eine 60-jährige noch weitere 25 J. → 9-12 Jahre länger als 1871.

- ➔ Damit erhält ein Rentenbezieher heute deutlich länger Bezüge aus der Rentenversicherung als in früheren Jahrzehnten, eine Entwicklung die sich fortsetzen wird.



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

- (b) **Rückgang der Geburtenraten:** heute liegt sie unterhalb der Reproduktionsrate (ca. 2,1 Kindern pro Frau, Deutschl.: 1,4 Kinder).
- (c) **Verschlechterung des Altenquotient** (Verhältnis von Menschen über 65 Jahre zu Menschen zwischen 20 und 64, sog. Erwerbsalter).
2006: 60% im Erwerbsalter, 20% jünger als 20 J. u. 20% älter als 64 J.
2050: 50% im Erwerbsalter, 15% jünger als 20, 30% älter als 64 J.
→ immer weniger Menschen im Erwerbsalter müssen für immer mehr Menschen im Rentenalter sorgen. Zusätzlich werden
- (d) die **Krankheitskosten** weiter steigen, da ältere Menschen biologisch bedingt deutlich häufiger und schwerer erkranken als jüngere.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

29/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(2) Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse:

- (a) **Massenarbeitslosigkeit** → Mitfinanzierung durch Erwerbstätige
- (b) Umwandlung 1992/2005 von Normal-Arbeitsplätze in **prekäre Arbeitsplätze** umgewandelt für die weniger Sozialversicherungsschutz mehr besteht. Sozialversicherte: 23,5 Mio. (1992) auf 21,2 Mio. (2005) (zwischen 2005 und 2009 hat die Zahl wieder um knapp 1,0 Mio. zugenommen, Trendumkehr?) .
Damit wächst die Gefahr einer abwärts gerichteten Spirale, bei der aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit die Sozialabgaben erhöht werden (und damit den Faktor Arbeit verteuern) und in der Folge die Arbeitslosigkeit weiter steigt und so fort.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

30/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

- (3) **Versicherungsfremde Leistungen:** Mit dem Ausbau des Sozialstaates seit den 1970er Jahren wurden immer mehr Leistungen gewährt, deren Empfänger selber keinen oder nur geringe Beiträge gezahlt hatten. Eine derartige Leistungsausweitung kann politisch erwünscht und sinnvoll sein, müsste aber nach dem Äquivalenzprinzip (Beiträge und Leistungen stehen im Verhältnis zueinander) von den Steuerzahlern und nicht von Sozialversicherungspflichtigen finanziert werden. Nach Berechnungen des DIW betragen diese versicherungsfremden Leistungen bei der Rentenkasse jährlich etwa 40 Mrd. €, bei der Arbeitslosenversicherung etwa 23 Mrd. € (Szent-Ivanyi 2005/05: 9).

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

31/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

- (4) **Durchlöcherung des Solidarprinzips:** Wie schon bei den Krankenkassensystem gezeigt, können sich gerade die höheren Einkommensbezieher (Selbstständige, Kapitaleinkommensbezieher, Beamte) der solidarischen Finanzierung der Sozialsysteme entziehen.
→ Private u. staatl. Sondersysteme können eine erheblich höhere Versorgung ermöglichen, gleichzeitig steigen die Sozialabgaben der Sozialversicherungspflichtigen höher, als dies bei einer Versicherung für alle Bürger notwendig wäre. So konnten die Privatkrankenkassen Jahrzehnte lang Kohorten bilden, die jünger als der Durchschnitt aller Versicherten waren und gesünder lebten, sich aber nicht an der solidarischen Finanzierung des Krankenkassensystems beteiligten.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

32/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(5) *Bereitschaft zur häuslichen Pflege geht zurück:*

In den traditionellen Gesellschaften: Pflege der Alten u. Kranken
Moderne Wohlstandsgesell: Rückgang
Da mit den üblichen Renten die Kosten von Pflegeeinrichtungen nicht decken, wurde 1995 die Pflegeversicherung eingeführt, die einen Teil der Kosten der häusliche Pflege und die Kosten von Pflegeeinrichtungen trägt . Da die Leistungen der Pflegeversicherung und die durchschnittlichen Renten aber oft nicht ausreichen die Finanzierung einer Pflegeeinrichtung zu gewährleisten müssen Menschen frühzeitig hierfür Vorsorgen.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

33/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(6) *Technischer Fortschritt unterdurchschnittliche Produktivitätssteigerung:*

Aufgrund des technischen Fortschritts, der in diesem Sektor keine Kostenentlastung mit sich bringt und dem unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen (Ärzte und Pflegepersonal können nicht durch Roboter ersetzt werden) nehmen die Gesundheitskosten zu .

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

34/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(7) *Preisdictat der Pharmaindustrie:*

Auf dem Pharmamarkt existiert kaum Wettbewerb, Pharmakonzerne sind aufgrund des Patentrechts oft in einer Monopolsituation). Anders als in fast allen anderen Industriestaaten existierte in Deutschland bis 2010 trotzdem keine Preisregulierung für die patengeschützten Medikamente, vielmehr mussten die Krankenkassen alle zugelassenen Mittel, zu den von den Herstellern geforderten Preisen bezahlen. Die 50 in Deutschland führenden Patentarzneimittel sind im Durchschnitt 48% teurer als in Schweden. Generika (Präparate bei den der Patenschutz ausgelaufen ist) sind im durchschnitt sogar 98 Prozent teurer.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

35/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(8) *Altersarmut aufgrund gesenkter Leistungen:*

- Sinkende Nettoeinkommen seit 1993 → Stag. Renten.
- Nachhaltigkeitsfaktor (demograf. Entwickl. in Rentenformel) → Stag. R.
- Erhöhung der Altersgrenze → Senkung der Rentenbezüge (da viele nicht so lange arbeiten können).
- das Rentenniveau könnte bis 2030 auf 43% der Bruttolöhne sinken bei 45 Beitragsjahre, die viele Arbeitnehmer nicht erreichen

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

36/59



Künftige Probleme Industrieländer z.B. Deutschl.

Rogall
2011

(9) **Absenkung der sozialen Leistungen:** In den letzten 30 Jahren wurden Änderungen im Sozialsystem vorgenommen, die einige Autoren als Maßnahmen zur Stabilisierung des Sozialsystems, andere als Sozialabbau bezeichnen:

- (a) **Reduzierung Leistungsdauer** Arbeitslosengeld I
- (b) **Reduzierung Leistungshöhe** (früher unbefristet 57% des Nettolohnes, heute Beschränkung auf Bedürftige je nach Familienstand).
- (c) **Die Zumutbarkeitsregelung** wurde erheblich verschärft (Langzeitarbeitslose müssen jetzt jede von der Arbeitsagentur angebotene Stelle annehmen)



Bewertung

Rogall
2011

- Die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen wegen: längerer Rentenzeiten und höherer Krankheitskosten. Die Einnahmen steigen nicht ausreichend u.a. aufgrund des Rückganges jüngerer Erwerbstätiger und dem Wandel von Normal-Arbeitsverhältnissen in prekäre Arbeitsverhältnisse.
- Aufgrund des zunehmenden Finanzierungsproblems fordern neoliberale Autoren einen „konsequenten Umbau“ des Sozialensicherungssystems, meinen damit aber insbesondere einen Abbau der Leistungen der GKV'n und die Entlastung der Arbeitgeber.



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(1) **Rentenversicherung, Einnahmen:**

- (a) Einführung der Ökologischen Steuerreform (17 Mrd. €/J) zur Finanzierung der Renten verwendet werden.
- (b) Veränderung der Besteuerung: Seit 2010 werden stufenweise alle Alterseinkommen besteuert (allerdings bleiben die allgemeinen Freigrenzen erhalten).
Diese Reform dient auch einer gleichgewichtigeren Verteilung der Alterseinkünfte und einer stärkeren Beteiligung der einkommensstarken Altersruheständler an den Belastungen der demografischen Entwicklung



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(2) **Rentenversicherung, Ausgaben:**

- (a) Nettolohnprinzip statt Bruttolohnprinzip
- (b) Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors
- (c) Erhöhung der Altersgrenze für den Rentenbeginn (65 auf 67 J.)

Bewertung: Die Erhöhung der Altersgrenze stellt vor dem Hintergrund der längeren Lebenserwartung auf den ersten Blick eine schlüssige Konsequenz dar. Es darf aber nicht vergessen werden, dass im Jahr 2007 nur etwa 10% direkt aus dem Beruf mit 65 Jahren in den Ruhestand ging und damit eine Verlängerung der Beschäftigungszeiten faktisch nur für 10% eine Wirkung erzielt. Fast ein Drittel (32%) waren vorher Arbeitslos oder Krank.



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(3) Krankenversicherung:

- (a) Einführung von Zuzahlungen für Medikamente,
- (b) Einführung einer Praxisgebühr. Mit beiden Maßnahmen sollen die
→ Anreiz nur notwendige Arztbesuche und Medikamente
- (c) Verträge zwischen Krankenkassen und Apotheken immer die preiswertesten Medikamente auszugeben.
- (d) Einführung eines Gesundheitsfonds (einheitlicher Beitragssatz)
- (e) „Gesundheitsreform 2010“: Beiträge auf 15,5% (7,3% Arbeitgeber, 8,2% Arbeitnehmer), zzgl. eines Zusatzbeitrags abhängig von der Krankenkasse. Die Arbeitgeber Beiträge wurden eingefroren, künftige Beitragserhöhungen werden nur noch von den Arbeitnehmern getragen.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

41/59



Diskussion Lösungsansätze - Bewertung

Rogall
2011

- Einführung der Zusatzbeiträge = Einstieg in "Kleine Kopfpauschale" ?
- Künftige Kostensteigerungen werden allein von den Arbeitnehmern getragen → Solidarprinzip wird schleichend aufgegeben.
- Der Druck der Arbeitgeberverbände auf die Politik und die betroffenen Branchen die Kosten einzudämmen wird abnehmen.
→ Durch diese Änderungen des Beitragssystems werden die Zusatzbeiträge tendenziell steigen, durchschnittliche Einkommen und die öffentliche Haushalte in den kommenden Jahrzehnten zunehmend stärker belastet. Gesundheitsökonomern rechnen damit, dass bis 2025 jedes Kassenmitglied einen zusätzlichen Zusatzbeitrag von bis zu 97 € pro Monat zahlen müsste.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

42/59



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(4) *Forcierte Einwanderungspolitik* (Stabilisierung Alterspyramide)

- Bewertung:** Keine neue Entwicklung. Allerdings haben Einwanderungen – wenn sie ein bestimmtes Maß überschritten – immer zu erheblichen gesellschaftl. Konflikten geführt.
- Eine weitere Aufnahme von Migranten ist weiterhin geboten, darüber aber allein die demografischen Probleme lösen zu wollen, ist nicht angeraten.
- Abgesehen davon, dass die Abwerbung der jungen Eliten aus den Entwicklungs- und Schwellenländern keine zukunftsfähige Lösung darstellt.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

43/59



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(5) *Anhebung der Geburtenraten:*

- Ein direktes Mittel um die Geburtenraten zu erhöhen existiert nicht.
- Bewertung:** Allerdings zeigen die skandinavischen Länder und Frankreich, dass mit einer nachhaltigen Familienpolitik, die es ermöglicht Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren (Ganztags Kindergärten und –Schulen) auch die Geburtenraten zunehmen (Frankreich 2006: durchschnittlich 2,06 Kinder pro Frau)

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

44/59



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(6) Beitragszahlung nach Einhaltung des

Generationenvertrages: Ein zukunftsfähiger Generationenvertrag ist immer ein Dreigenerationenvertrag. Vorleistung durch erwerbstätige Generation (Erziehung) und Rückzahlung an Ältere.

→ Kinderlose realisieren einen höheren Lebensstandard

Bewertung: Die Entscheidung für oder gegen Kinder muss in einer schrumpfenden Gesellschaft auch künftig jedem Menschen selbst überlassen bleiben. Dennoch können Beiträge und Renten nach der Leistungserbringung (Kinderzahl) zum Gesamtsystem gestaffelt werden.



Diskussion Lösungsansätze

Rogall
2011

(7) Stärkere Steigerung der Produktivität:

Ist die Diskussion überzogen? Vergleich mit 19. Jh.

Heute können die 2% in der Landwirtschaft Deutschlands Tätigen durch den technischen Fortschritt die gesamte Bevölkerung ernähren,

Bewertung: Das Problem besteht **NICHT** in der Produktion, sondern wie die Verteilung (Bezahlung) dieser Produkte zu sichern sein wird.

Wenn in den dann (fast) menschenleeren Fabriken keine Beschäftigten mehr Beiträge zahlen, können auch keine Renten ausgezahlt werden. Die Frage stellt sich also, wie die Unternehmen künftig zur Finanzierung der Sozialsysteme herangezogen werden können, ohne dass sie ihre Produktionsstätten verlagern



Diskussion Lösungsansätze - Zwischenfazit

Rogall
2011

- Wie wir gesehen haben ist der Vorwurf die Politik tue nichts um die Versicherungssysteme zukunftssicher zu gestalten nur zum Teil berechtigt.
- Vielmehr wurden zahlreiche Änderungen durchgeführt, allerdings einige mit dem Hintergedanken bei dieser Gelegenheit das Solidaritätsprinzip des deutschen Sozial- und Gesundheitssystems auszuhöhlen.
- Prinzipielle Änderungen des *Sozialsystems* sollen bewertet werden



Bewertung radikaler Lösungsansätze

Rogall
2011

(1) Wechsel von Generationenvertrag auf Kapitaldeckung:

Diese Umstellung hört sich zwar im ersten Augenblick sehr schlüssig an (zu den angegebenen Vorteilen s. Neumann, Schaper 2008: 172), beinhaltet aber eine *Reihe von Problemen*:

(a) Doppelte Beitragslasten: Die Beitragszahler müssen doppelte Beiträge zahlen: für die heutigen Rentner **und** für die eigenen Renten, Doppelte Beiträge würden die Rentenbeiträge von heute rund 20% auf etwa 40% steigern, ein Vorschlag, der nur über Jahrzehnte zu realisieren ist.



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(b) Renten müssen immer von der *aktiven Generation* erarbeitet

werden: Die Güter für die Nicht-Erwerbstätigen müssen immer – egal nach welchem Prinzip – von den gerade Erwerbstätigen erarbeitet werden (mit den eingezahlten Sparbeiträgen der Pensionsfonds werden oft keine Investitionen finanziert sondern Staatsanleihen, deren Zinszahlungen die später Erwerbstätigen über ihre Steuern doch finanzieren müssen). So werden aus den Kapital basierten Systemen doch Umlage finanzierte (bei den kapitalbasierten allerdings mit Gewinnentnahmen durch die privaten Eigner), es entsteht eine Kapital-Illusion. Allerdings verläuft die Verteilung bei einem Kapitalverfahren i.d.R. problemloser.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

49/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(c) *Unsicherheit der Kapitaldeckung:* Wie unsicher ein

Kapitaldeckungsverfahren ist, zeigt das US-Beispiel (Börsencrash 2002 und 2008/09). Nach Schätzungen des staatlichen Garantiefonds PBGC klafft in den betrieblichen Pensionskassen der USA eine Finanzlücke von 450 Mrd. US-Dollar.

→ Kapitaldeckungsverfahren sind nur dann sicher, wenn garantiert werden kann, dass die Nachfrage am Kapitalmarkt (nach Aktien, Immobilien usw.) mindestens konstant bleibt. Das ist aber angesichts sinkender Bevölkerungszahlen in Europa nur möglich, wenn das Kapital global investiert wird und so andere Kontinente künftig die Renten Europas erarbeiten (ist das sicher?).

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

50/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(2) *Laufende Anpassung der Sozialsysteme:*

Bleibt es bei dem Generationsvertrag, existieren modellartig zwei Möglichkeiten der Anpassung des Renten- bzw. des gesamten Sozialrechts an die demografische und Erwerbstätigenentwicklung:

(a) die *Beiträge der Beitragszahler werden konstant gehalten,*

- Sozialleistungen müssen entsprechend der demografischen und wirtschaftl. Entwicklung sinken.
- Absenkung z.B. der Renten auf unter 40% der Erwerbseinkommen
- Altersarmut

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

51/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(b) die *Sozialleistungen werden auf dem heutigen Niveau gehalten,*

z.B. Rentenniveau und Vollversorgung im Krankheitsfall.

- Stetig steigende Beiträge (Alterslastquotienten, Krankheitskosten)
- Schwarzarbeit, Rationalisierungsmaßnahmen, Verlagerung

(c) *Sozialleistungen werden auf dem heutigen Niveau gehalten*

aber die Arbeitgeberbeiträge eingefroren:

- Die Beiträge der AN steigen noch deutlicher

Bewertung: Alle drei Varianten scheinen nicht tragfähig zu sein.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

52/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(3) Staatliche Mindestrente aus Steuermitteln:

Einheitliche Rente an alle Bürger aus Steuermitteln. Meistens wird hierfür eine Finanzierung über die Umsatzsteuer empfohlen.

Bewertung: Bürgerrente könnte nur eine geringe Höhe aufweisen und würde den Zwang zur deutlich verstärkten Eigenvorsorge in sich bergen. → Unterform des Kapitaldeckungsverfahrens (Probleme s.o.).

- Keine ausreichende Privatvorsorge,
- Altersarmut wird wieder zum „Regelfall“.

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

53/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(4) Kopfpauschale mit Sozialausgleich: Neoliberale Autoren

fordern *Kopfpauschale*, bei der jeder Beitragszahler und die Arbeitgeber nur einen einheitlichen Beitrag zu zahlen hätte.

- Unteren Einkommensbezieher müssten mehr zahlen und die Beiträge würden nicht ausreichen
- Ausgleich aus Steuermitteln (ca. 35 Mrd. €), hierzu müsste
 - der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer auf 100%
 - oder alle Steuersätze um 5%-Punkte steigen (BMF).

Bewertung: Hintergrund: Versuch das Solidaritätsprinzip der Sozialsicherungssystem abuschaffen („die Krankenschwester soll soviel zahlen wie der Chefarzt“).

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

54/59



Bewertung radikale Lösungsansätze

Rogall
2011

(5) Finanzierung aus Steuermittel (analog Skandinavien)

- Eine Erhöhung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt (vorausgesetzt der Konsum geht nicht zurück und die Bundesländer verzichten auf ihren Anteil der Erhöhung) → 8 Mrd. €

→ Erhöhung um 5%-Punkte um versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren und den Beitragssatz um 4%-punkte zu senken.

Bewertung: Erhöhung der Umsatzsteuer (z.B. von 19 auf 25%) ohne Kompensation der Abgaben könnte zu Nachfrageeinbrüchen führen.

- Besser Senkung Sozialversicherungen bei Mwst- Erhöhung, da dann viele zahlen müssten, die bislang nicht an der Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen beteiligt werden (Beamten, Abgeordnete, Kapitaleinkommensbezieher).

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

55/59



Bewertung und Zwischenfazit

Rogall
2011

Alle Modelle bergen erhebliche Probleme → Mischstrategie

(a) Einbeziehung des sog. Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel

(b) Finanzierung der gesamten versicherungsfremden Leistungen durch Steuermittel (z.B. einer weiterentwickelten ÖSR und Erhöhung der Umsatzsteuer), dass gilt für alle Sozialversicherungen, also auch für die Arbeitslosen-, Krankenkassen- und Pflegeversicherung).

(c) Änderung der Lebensstile zur Verminderung Zivilisationskrankheiten.

- **Zwischenfazit:** Bürgerversicherung, in der alle Bürger pflichtversichert sind. Ihre Beiträge müssten sich bis zur Beitragsbemessungsgrenze nach der Summe ihrer Gesamteinkommen errechnen (inkl. Kapital-, Renten-, Immobilieneinkommen usw.)

Quelle: Rogall 2011: Kap. 17 VWL 17: Sozialpolitik, demografische Entwicklung

56/59



Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Rogall
2011

- Auf eine vorsorgende Sozialpolitik und aktive Integrations- und Gleichstellungspolitik kann nicht verzichtet werden, denn der Markt und die einzelnen Wirtschaftsakteure können keine ausreichende Vorsorge gegen Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. schaffen.

➔ Der Staat muss eingreifen, um die Verarmung und Verelendung breiter Gesellschaftsschichten zu verhindern. Die dramatischen Folgen eines eklatanten Marktversagens sind in vielen unterentwickelten Staaten zu beobachten.



Quellen

Rogall
2011

- Adam, H. (2009). Bausteine der Wirtschaft, Wiesbaden.
- Baßeler, U.; Heinrich, J.; Utecht, B. (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 19. Auflage, Stuttgart.
- BMAS (2008/07): Lebenslagen in Deutschland, der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Broschüre.
- Koch, W.; Czogalla, Ch.; Ehret, M. (2008): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Stuttgart.
- Neumann, L.; Schaper, K. (2008): Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Marburg.

